

Cottbuser

Herzblatt

Chośebuska wutšobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

23. Jahrgang / Nr. 07 (264)

Juli 2014

Bitte 1,00 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 7/8: Die linksjugend [‘solid] meldet sich zu Wort

Seite 13: FREIE HEIDE natürlich entwickeln

Seite 14: Ein Krieg in Briefen

Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus

In die Stadtverordnetenversammlung Cottbus sind zur Kommunalwahl 10 Personen mit dem Mandat der LINKEN eingezogen.

zutragen und da ist es wenig hilfreich, wenn ein Mitglied als Einzelkämpfer fungiert und gar nicht zusammenarbeiten kann. Es schmerzt sehr, aber die Kraft

zu finden, sollte politisch in den Basisorganisationen vorbereitet werden. Für die finanzielle Vorbereitung zukünftiger Kommunalwahlkämpfe leisten die Gewählten



Das sind

- **Karin Kühl** und **Mario Kaun** im Wahlkreis Schmellwitz
- **Jürgen Siewert** und **Dr. Manfred Schemel** im Wahlkreis Sandow
- **André Kaun**, **Annely Richter** und **Anke Schwarzenberg** im Wahlkreis Mitte/Ströbitz
- **Veronika Piduch** und **Eberhard Richter** im Wahlkreis Spremberger Vorstadt
- **Jürgen Maresch** im Wahlkreis Sachsendorf

Herzlichen Dank den Wählern und herzlichen Dank den Gewählten für ihren aktiven Wahlkampf!

Die Fraktion hat Jürgen Maresch nicht in die Fraktion aufgenommen. 10 Fraktionsmitglieder haben nun die Aufgaben von vorher 14 Stadtverordneten weg-

der einzelnen Fraktionsmitglieder für eine Zusammenarbeit mit ihm reicht einfach nicht mehr.

Zum **Fraktionsvorsitzenden** wurde **André Kaun** einstimmig wiedergewählt.

Zur **stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden** wurde **Annely Richter** einstimmig gewählt.

Zum **Fraktionsgeschäftsführer** wurde **Eberhard Richter** bestellt.

Bei den Ortsbeiräten ist mit dem Mandat der LINKEN der parteilose Christian Lelanz in Branitz eingezogen und in Groß Gaglow Jürgen Maresch. Ortsbeirat ist ein Feld, welches von den LINKEN noch zu wenig beachtet wird, aber gerade hier wird Kommunalpolitik für die hier Wohnenden direkt erlebbar vertreten. Für dieses Ehrenamt zukünftig Kandidaten

eine monatliche Mandatsträgerspende.

In Weiterführung der rot-roten Kooperation in Cottbus haben SPD- und DIE LINKE-Fraktion auf Basis eines inhaltlichen Schwerpunktpapiers eine Zählgemeinschaft gebildet.

Kommunalpolitik sollte parteienübergreifende Sachpolitik zum Inhalt haben. Das sollte jedes Stadtverordnetenmitglied im Hinterkopf haben, geht es doch um die Lösung ursächlicher Probleme der in Cottbus Beheimateten.

Annely Richter, stellvertretende Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus

DIE LINKE.

Erklärung der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus

Warum wurde Jürgen Maresch nicht Mitglied der Fraktion?

Wenn eine Fraktion freiwillig auf ein Mitglied und eine Stimme verzichtet, geschieht das gewiss nicht leichtfertig.

In der konstituierenden Sitzung der Fraktion DIE LINKE am 10. Juni wurde nach Antrag und Diskussion der einstimmige Beschluss gefasst, die Fraktion ohne Jürgen Maresch zu bilden. Es gab eine Enthaltung.

Das ist zulässig, da laut Brandenburger Kommunalverfassung Fraktionen Vereinigungen von Mitgliedern der Gemeindevertretung sind. Die Bildung ist nicht an die Liste gebunden, die zur Wahl vorlag.

Das reicht aber als Erklärung sicher nicht aus.

Jürgen Maresch war Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der 5. Wahlperiode von 2008 bis 2014. In dieser Zeit gestaltete sich die Zusammenarbeit zunehmend problematisch. Jürgen Maresch handelte parallel zur Fraktion.

Er gab öffentliche Erklärungen ab, die der Fraktion vorher nicht bekannt waren. Der Inhalt war demnach auch nicht abgestimmt. Er äußerte wiederholt Auffassungen, die aus seiner Sicht abschließend waren, bevor sie in der Fraktion überhaupt besprochen wurden.

Jeder Stadtverordnete hat das Recht, seine Meinung zu äußern. Wenn er seine Fraktion dabei aber regelmäßig ignoriert, wird es schwierig in der gemeinsamen Arbeit.

Mehrfach gab es dazu mit Jürgen Maresch fraktionsinterne Aussprachen. Vereinbarungen wurden von seiner Seite höchstens einige Tage eingehalten. Immer wieder waren Fraktionsmitglieder bei entsprechenden Nachfragen durch Dritte darauf angewiesen, zu sagen, dass es nicht die Meinung der Fraktion, sondern eine private Äußerung eines Stadtverordneten ist.

Immer wieder wurde durch verschiedene Personen versucht, die Zusammenarbeit auf solide Füße zu stellen. Leider führte keines der Gespräche zu einer grundsätzlichen Verbesserung der Zusammenarbeit.

Zu Beginn dieses Jahres gab es in Vorbereitung auf die Kommunalwahl eine

Vereinbarung zum öffentlichen Auftreten und zur Darstellung politischer Themen. Es wurde Einigkeit mit Jürgen Maresch erzielt. Stunden später, unmittelbar bevor er in einen Urlaub fuhr, wurde durch ihn eine gegenläufige Presseerklärung veröffentlicht.

Das war der ausschlaggebende Grund dafür, dass der Ortsvorstand ihn im Wahlvorschlag vom Platz 1 in Sachsendorf auf Platz 4 setzte. Die Vertreterkonferenz zur Aufstellung des Wahlvorschlages am 14. Februar folgte diesem Vorschlag. Es gab auch Stimmen, ihn überhaupt nicht auf unsere Liste zu nehmen.

In einem nachfolgenden Gespräch durch den Ortsvorstand mit Jürgen Maresch wurde mit ihm vereinbart, dass er den Platz 4 akzeptiert und sich in den Wahlkampf einbringt, insbesondere die Spitzenkandidatin unterstützen wird.

Die einzige „Unterstützung“ bestand darin, dass er ein eigenes Plakat fertigte und im Wahlkreis aushängte, das unerlaubt (aber geduldet) das Logo der Partei verwendete. An keiner gemeinsamen Aktion der LINKEN im Wahlkampf war Jürgen Maresch beteiligt.

Für die damalige Fraktion verschwand Jürgen Maresch von der Bildfläche. Er war nicht mehr erreichbar, nahm an keiner Fraktionsitzung teil und reagierte nicht auf Einladungen, Anfragen und Bitten um Kontaktaufnahme. Auch die Stadtverordnetenversammlungen von Februar bis Mai, einschließlich die besonders wichtigen Sondersitzungen zur Vorbereitung der Rekommunalisierung der Stadtwerke, ignorierte er.

Seine Arbeit als Ausschussvorsitzender erfolgte in dieser Zeit unregelmäßig. Immer wieder wurden der Fraktionsvorstand, der Fraktionsgeschäftsführer und Mitglieder der Fraktion in die unangenehme Lage gebracht, auf Anfragen Dritter Erklärungen für die Inaktivität von Jürgen Maresch abgeben zu müssen.

Nach der Kommunalwahl am 25. Mai war Jürgen Maresch nicht bereit, ein persönliches Gespräch mit Mitgliedern der zukünftigen Fraktion zu führen. Kontakte liefen ausschließlich über SMS oder

E-Mail. Äußerungen seinerseits in der Öffentlichkeit ließen den eindeutigen Schluss zu, dass er seine Mitarbeit in der künftigen Fraktion von Personalentscheidungen in seinem Sinne abhängig machen würde. Er verlangte auch (per Mail), dass zuerst über einen Fraktionsvorstand und die Besetzung der Geschäftsführerstelle entschieden wird und dann die Fraktionsbildung erfolgt. Den Hinweis, dass eine Gruppe sich erst bilden muss, damit sie danach über ihre Strukturen entscheiden kann, wehrte er rigoros ab. Das im Februar beschlossene Kommunalwahlprogramm bezeichnete er, obwohl er die Möglichkeit der Mitgestaltung nicht wahrgenommen hat, als nicht aussagefähig.

An der konstituierenden Fraktionsitzung nahm Jürgen Maresch teil. Der älteste gewählte Stadtverordnete der Liste der Partei DIE LINKE.Cottbus führte anfänglich die Versammlung und leitete auch die Diskussion zu dem Antrag zur Nichtaufnahme. Jürgen Maresch beteiligte sich daran nicht. Somit ist auch seine öffentlich verbreitete Mitteilung, er habe keine Gelegenheit gehabt, sich dazu zu äußern, eine Lüge. Nach der erfolgten Abstimmung zum Antrag verließ er wortlos den Raum.

Wenn eine Fraktion freiwillig auf ein Mitglied und eine Stimme verzichtet, geschieht das gewiss nicht leichtfertig. Wir sahen es, nach vielen Überlegungen, als den einzigen Weg, Schaden in der politischen Arbeit der Fraktion zu minimieren.

Fazit:

Jürgen Maresch hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend vom Team der Fraktion abgewandt und seine eigene Politik betrieben. Er führte den Wahlkampf für sich allein. Er erklärt das Kommunalwahlprogramm für nicht aussagefähig.

Welche Basis gäbe es für die Mitarbeit in der Fraktion DIE LINKE?

DIE LINKE.
Ortsverband Cottbus

Gabi Zimmer ist neue Fraktionsvorsitzende im Europaparlament

Die neu gewählten Abgeordneten der Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament haben Gabi Zimmer (DIE LINKE) einstimmig zu ihrer Fraktionsvorsitzenden gewählt. Zimmer hatte dieses Amt bereits in der letzten Legislaturperiode seit 2012 inne.

Die Linksfraktion hat bei den Europawahlen Zuwächse von knapp 50 Prozent verzeichnet und ist mit 52 Abgeordneten aus 13 EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament vertreten.

Zu den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Malin Björk (Schweden), Patrick Le Hyaric (Frankreich) und Neoclis Sylikiotis (Zypern) gewählt. Der Syriza-Abgeordnete Dimitrios Papadimoulis (Griechenland) ist Kandidat der Linksfraktion für das Amt des Vize-Prä-

sidenten des Europaparlaments. Zimmer sagte: „Gestärkt und um neue Parteien erweitert wird die Linksfraktion weiter für das sofortige Ende der unsozialen Kürzungsdiktate und für die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit streiten. Millionen Wählerinnen und Wähler haben uns dafür einen klaren Auftrag erteilt und wir werden sie nicht enttäuschen.“ Die GUE/NGL ist die einzige Fraktion im neu gewählten Europaparlament, die zu gleichen Teilen aus weiblichen und männlichen Abgeordneten besetzt ist. Damit fordert die Fraktion die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Männern und Frauen nicht nur politisch, sondern praktiziert sie.

Text und Foto:

www.dielinke-brandenburg.de



Neoclis Sylikiotis (Zypern), Malin Björk (Schweden), Patrick Le Hyaric (Frankreich), Gabi Zimmer (BRD), Dimitrios Papadimoulis (Griechenland) (von links)

Künftig mit größerer Fraktion in Europa

DIE LINKE in Deutschland hat bei den Europawahlen 2014 ihr Ergebnis knapp gehalten, aber einen Sitz verloren. Dennoch wird sie im künftigen Europäischen Parlament mit einer wesentlich größeren Fraktion als bisher vertreten sein: Statt 35 stellt die Vereinigte LINKE nach der Wahl 45 Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Zu verdanken ist dies vor allem dem fantastischen Wahlsieg unserer griechischen Schwesterpartei Syriza. Die Genossinnen und Genossen um den europaweiten Spitzenkandidaten Alexis Tsipras erreichten fast 27 Prozent der Stimmen und wurden damit stärkste Partei. Herzlichen Glückwunsch!

Presseerklärung von Gabi Zimmer (MdEP)

Linksfraktion im Europäischen Parlament geht gestärkt aus den Europawahlen hervor

Künftig hat die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linke/Nordische Grüne Linke 52 Mitglieder.

Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament erklärte nach der Sitzung der Fraktion am 11. Juni in Brüssel: „Wir freuen uns sehr, über sechs neue LINKE Gruppierungen in unserer Fraktion. Wir begrüßen herzlich „PODEMOS“ aus Spanien, „L'Altra Europa con Tsipras“ aus Italien, die Tierschutzparteien aus den Niederlanden und aus Deutschland, „Bildu“ aus Spanien und Luke „Ming“ Flanagan, ein unabhängiger Abgeordneter aus Irland. Damit wächst unsere Fraktion um knapp 50 Prozent auf 52 Abgeordnete.“

Gabi Zimmer weiter: „Zusammen mit diesen neuen LINKEN Kräften werden wir denen eine starke Stimme geben, die in der EU nicht gehört werden. Wir wollen die Anlaufstelle für soziale Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften sein. Und wir streiten für wirkliche Alternativen zu dieser neoliberalen EU der Banken und Konzerne.“

„Wir kämpfen für das sofortige Ende der unsozialen Kürzungsdiktate und die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit. Wir stellen uns gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und stehen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben ihr Vertrauen in uns gesetzt. Wir werden sie nicht enttäuschen“, so Zimmer abschließend.



Das Wahlergebnis wirft Licht aber auch Schatten

Brief des Landesvorsitzenden DIE LINKE.Brandenburg, Christian Görke

Liebe Genossinnen und Genossen, zuerst einmal möchte ich mich bei Euch allen für den engagierten und ideenreichen Wahlkampf bedanken.

Danke an Euch alle, die ihr für unsere Partei gekämpft habt, danke an Alle, die geredet, argumentiert und überzeugt haben, danke Allen, die Flyer gestaltet, Websites und Facebook-Seiten betreut haben, danke an Alle, die Zeitungen und Flyer gesteckt, plakatiert und sich an Infoständen und Aktionen beteiligt haben. Dank gilt natürlich auch und besonders allen Kandidatinnen und Kandidaten, die bis zur letzten Minute für jede Stimme gekämpft haben. Danke!

Das Wahlergebnis sowohl der Europawahlen als auch der Kommunalwahlen wirft Licht aber auch Schatten.

Wir sind weiterhin stärkste Kraft in Frankfurt (Oder), Potsdam, Märkisch-Oderland und im Barnim und haben beachtenswerte Ergebnisse in einzelnen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen erreicht. Das ist trotz der landesweiten Verluste bei den Kommunalwahlen ein Erfolg! Ich weiß, dass es in allen Kreisverbänden schmerz-

liche Einbußen an Mandaten gegeben hat. Dennoch bitte ich Euch, macht weiter, lasst Euch nicht entmutigen! Wir sind nach wie vor eine der drei Großen in Brandenburg. Wir, DIE LINKE, sind die Partei für den Alltag – lasst uns dies auch in den nächsten Jahren weiter beweisen, lasst uns weiter für die Menschen vor Ort da sein, lasst uns zeigen, dass DIE LINKE die Partei ist, die ihre Kraft aus ihrer kommunalpolitischen Verankerung zieht.

Bei der Europawahl ist es uns gelungen, absolut im Bund und im Land an Stimmen hinzuzugewinnen. Was wir nicht geschafft haben, ist, diese Stimmenzugewinne auch in prozentuale Gewinne umzusetzen.

Aber auch hier gibt es Licht: DIE LINKE hat sich bundesweit als starke soziale Kraft behauptet. Wir haben gezeigt, dass bei allen bundesweiten Wahlen mit uns zu rechnen ist, und im Europäischen Parlament ist unsere GUE/NGL-Fraktion stärker als zuvor! Es ist gut und wichtig, dass Helmut Scholz und Martina Michels Brandenburg und die Hauptstadtregion auch weiterhin in Brüssel vertreten werden. Auch Martin Schirdewan hat einen

engagierten Wahlkampf mit uns geführt, und ich bin sicher, dass er uns gemeinsam mit Helmut und Martina in Brandenburg bei allen europapolitischen Fragen zur Seite stehen wird, obwohl er leider knapp das Mandat verfehlt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns nach Vorne blicken! Die Wahlergebnisse zeigen, dass 25% + x zu den Landtagswahlen kein Selbstläufer sind. Wir werden in den nächsten Wochen gemeinsam um jede Stimme kämpfen müssen. Das wird nochmals ein harter Ritt. Aber ich bin überzeugt davon, dass jede Genossin und jeder Genosse ihr und sein Bestes geben werden. Denn es geht am 14. September auch um eine Richtungsentscheidung: Zurück zur Stagnation oder weiter mit aller Kraft für ein soziales Brandenburg. Ich will mit Euch gemeinsam dafür streiten, dass dieses Land, dass unser Brandenburg, ein soziales Brandenburg wird und bleibt – ein Brandenburg mit guter Arbeit, guter Bildung, guter gesundheitlicher Versorgung und starken Kommunen. Gemeinsam schaffen wir das!

Herzlich, Euer Christian

Grünes Licht für Datschen-Initiative im Bundesrat



Das Land Brandenburg war im Bundesrat mit seiner Gesetzesinitiative zu Verbesserungen für Nutzer von Freizeit- und Erholungsgrundstücken erfolgreich. Die Länderkammer gab für eine Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes grünes Licht. Das Bundesrecht kennt hier, anders als bei Kleingärten, keine spezifischen Schutzbestimmungen. Die Datschen-Nutzer haben zumeist gewöhnliche Miet- oder Pachtverträge über die Grundstücke abgeschlossen, die der Grundstückseigentümer mit kurzer Kündigungsfrist jederzeit beenden kann. Sie unterliegen damit weder dem besonderen Schutz des Bundeskleingartengesetzes noch des Wohnungsmietrechts.

Die Novellierung kommt besonders Ostdeutschen entgegen, da in der DDR laut damaligem Zivilgesetzbuch ein Nutzungsvertrag über Erholungsgrundstücke auf Dauer angelegt und nahezu unkündbar war. Im Wissen darum haben Nutzer auf eigene Kosten mitunter erhebliche finanzielle Mittel investiert.

Der Gesetzentwurf sieht nun gegenüber dem Bundesrecht zwei wesentliche Verbesserungen für Datschen-Nutzer vor: Im nächsten Jahr endet der Kündigungsschutz für Grundstücke, die vom Nutzer bis zum 16. Juni 1994 mit einer Datsche bebaut worden sind. Der Kündigungsschutz soll um drei Jahre bis zum 3. Oktober 2018 verlängert werden. Mit dem Änderungsgesetz soll außerdem die Regelung zu den Abbruchkosten korrigiert werden. Datschen-Nutzer sollen von den Kosten für den Abbruch des von ihnen errichteten Wochenendhauses grundsätzlich freigestellt werden. Nur

in besonderen Härtefällen soll sich der Nutzer an den Abrisskosten beteiligen müssen.

Justizminister Helmuth Markov betonte: „Darauf haben viele Datschen-Nutzer in Ostdeutschland gewartet. Ich freue mich mit ihnen über den Beschluss des Bundesrates und setze nun darauf, dass auch der Bundestag den Weg für eine Änderung der Übergangsfristen freimacht. Denn Zukunftssorgen sollte man auf Erholungsgrundstücken nun gerade nicht zulassen.“ Die Bevollmächtigte des Landes beim Bund, Staatssekretärin Tina Fischer, erklärte: „Jetzt ist in der Tat der Deutsche Bundestag am Zuge. Ich appelliere an die Bundestagsabgeordneten, sich diesen Verbesserungen für viele Menschen in Ostdeutschland nicht zu verschließen und dem Ländervotum zu folgen. Das wäre im 25. Jahr nach der friedlichen Revolution auch ein gutes Signal für die innere Einheit Deutschlands.“

Weiterhin stabiles Steueraufkommen für Land und Kommunen in Brandenburg

Finanzminister legt konkrete Ergebnisse der Steuerschätzung vor



Finanzminister Christian Görke

Foto: Johanna Bergman, MdF

Brandenburgs Finanzminister Christian Görke hat am 15. Mai in Potsdam die regionalisierten Ergebnisse der diesjährigen Mai-Steuerschätzung für das Land Brandenburg vorgestellt.

Der Minister sagte: „Insgesamt können wir in Brandenburg weiterhin mit einem stabilen Steueraufkommen rechnen. Die ansteigenden Steuereinnahmen sind vor allem Ausdruck der stabilen und wachsenden Wirtschaftskraft der märkischen Unternehmen, des Handels und des Dienstleistungssektors.“

In diesem Jahr kann daher erneut mit Einnahmen aus Steuern leicht über

dem Ergebnis des Vorjahres gerechnet werden. Aufgrund eines Abrechnungseffektes im Länderfinanzausgleich ergibt sich nach der Mai-Steuerschätzung momentan im Vergleich zum Haushaltsplan dennoch eine Mindereinnahme von rund 30 Millionen Euro. Das bedeutet, dass aufgrund der sprunghaft angestiegenen eigenen Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2013 nunmehr eine Rückzahlung aus den demnach zu hoch berechneten Abschlägen aus dem Länderfinanzausgleich anfällt. Dieser Einmaleffekt betrifft nur das Jahr 2014. In den Jahren 2015 und 2016 prognostiziert die Mai-Steuerschätzung Mehreinnahmen von gut 93 und 108 Millionen Euro im Vergleich zur letzten Steuerschätzung.“

Der Finanzminister wies weiter darauf hin, dass die Kommunen des Landes mit 20 Prozent an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt seien. „Daher ist das Schätzergebnis auch für die Städte und Gemeinden eine positive Nachricht, deren Mehreinnahmen sich im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs bis 2018 auf insgesamt rund 90 Millionen Euro belaufen.“

„Nach dem aktuellen Ergebnis der Mai-Steuerschätzung“, so Minister Görke, „kann das Land im gesamten Schätzzeitraum (bis 2018) mit Steuer Mehreinnahmen von zusammen 440 Millionen

Euro gegenüber der bisherigen Planung rechnen.“

Angesichts der vor uns liegenden Aufgaben bietet die aktuelle Prognose damit gute Perspektiven. Dennoch werden wir die Entwicklung aufmerksam beobachten. Dafür gibt es eine Reihe ernstzunehmender Gründe: Die zurückgehenden Zuweisungen aus den Europäischen Fonds und das Auslaufen des Solidarpaktes bis 2019 sind ebenso in Rechnung zu stellen wie auch die fragile Konjunkturlage, die gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Osteuropa nicht sicher prognostizierbar ist.“



Hintergrund:

Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2014 für den Brandenburger Landeshaushalt:

	2014	2015	2016	2017	2018
	in Millionen Euro				
Ergebnis Steuerschätzung Mai 2014	6.954,8	7.292,4	7.513,0	7.725,8	7.981,7
HP 2013/14 inkl. NT 13/14 sowie Anmeldung DHH 15/16 und Finanzplanung 2014-2018 (Basis: Steuerschätzung Nov. 2013)	6.985,0	7.198,9	7.404,8	7.598,5	7.835,8
Minder- / Mehreinnahmen (vor KFA)	-30,2	+93,5	+108,2	+127,3	+145,9
Minder- / Mehreinnahmen (nach Abzug KFA)	-24,2	+74,8	+86,6	+101,84	+116,7

HP: Haushaltsplan, NT: Nachtragshaushalt, DHH: Doppelhaushalt, KFA: Kommunaler Finanzausgleich

Quelle: www.mdf.brandenburg.de

Petitionen: Ein Weg, mehr Demokratie zu wagen

Einmal im Jahr nimmt der Petitionsausschuss die ihm gebührende Stellung ein: Der Petitionsbericht wird im Bundestag beraten, in diesem Jahr sogar in der Kerndebattenzeit. Die Gesundheitspolitik, um die ich mich in der Hauptsache kümmere, belegt im „Ranking“ der im Petitionsausschuss behandelten Themen Platz 5. Ein Zeichen dafür, dass vielen Menschen gerade in diesem Bereich der Schuh drückt. Auch unser Land, Brandenburg, nimmt einen besonderen Platz ein: Errechnet man die Anzahl der auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner entfallenden Eingaben, steht Berlin zwar an der Spitze, gleich dahinter aber Brandenburg auf dem zweiten Platz. Ein Beispiel dafür, dass sich auch in einem ländlich geprägten Flächenland Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Politik einmischen können und wollen.

In der Gesundheitspolitik gibt es eine Reihe von Missständen, die in vielen Petitionen zu Recht beanstandet werden. Sowohl der Bericht des Petitionsausschusses aus dem Jahr 2013 als auch meine Erfahrungen mit Petitionen bestätigen, dass wir zum Beispiel von einer gleichberechtigten Teilhabe, von Menschen mit Einschränkungen, wie sie Artikel IV der UN-Behindertenrechtskonvention fordert, weit entfernt sind. Da besteht Handlungsbedarf, und da gilt es, die betreffenden Petitionen der Regierung und

auch den Fraktionen zuzuleiten und immer wieder darauf zu pochen, dass Reformen gerade in diesem wichtigen Bereich angestoßen werden.



So mutet es zum Beispiel zynisch an, wenn die Krankenkasse einem Menschen den Zugang zu seinem Arbeitsplatz im eigenen Haus oder in seinen Garten verweigert, weil die Kosten für den Umbau zur Überwindung einiger Treppenstufen von der Krankenkasse nicht übernommen werden.

Erfolgversprechend ist, dass immer mehr öffentliche Petitionen die Betroffenen erreichen und sie zur Mitzeichnung

animieren. Ein Erfolg in dieser Hinsicht ist noch „ganz frisch“: Es geht um die Petition, die den Deutschen Bundestag auffordert, Sofortmaßnahmen zu beschließen, um die flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit Hebammenhilfe sicherzustellen. Die Petition hat mit Unterstützung der vielen engagierten Eltern das Quotum von 50 000 Mitzeichnungen überschritten und wird in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses beraten werden. Die Petition hat bereits im Vorfeld ihrer Behandlung im Petitionsausschuss für zahlreiche Aktivitäten im Bundestag gesorgt: So werden momentan Anträge der Fraktionen DIE LINKE und der GRÜNEN im zuständigen Ausschuss beraten, und Gesundheitsminister Gröhe geriet unter Zugzwang.

Bereits in der kurzen Zeit meiner Mitarbeit im Petitionsausschuss musste ich lernen: Der Weg zur erfolgreichen Behandlung einer Petition ist weit und dauert oft zu lange. Dennoch ist die Einreichung einer Eingabe mit allgemeinen und auch mit persönlichen Anliegen ein Weg, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Die Konsequenz daraus für mich ist: Jede Einmischung „von unten“ in die „hohe Politik“ ist wünschenswert und hilft, falsche Entscheidungen, die hier in Berlin getroffen werden, zu korrigieren.

Birgit Wöllert

Veranstaltungstipp:

Vorsorge – an alles gedacht?!

9. Juli im Saal der Stadthaus in Cottbus ab 18.00 Uhr

Ein Unglücksfall oder eine Erkrankung kann Jeden treffen. Wer dann auf die Hilfe anderer angewiesen ist, sollte vorbereitet sein und die eigenen Wünsche bereits formuliert haben. So nahe uns der Partner oder die Kinder auch stehen mögen, sie dürfen nicht ohne weiteres für uns handeln. Deshalb ist wichtig, dass Betroffene für den Fall des Falles vorgesorgt haben.

Mit der Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und der Patientenverfügung kann das Jeder für sich ganz persönlich regeln. Will ich im Notfall künstlich ernährt werden? Wer soll im Falle des Falles mein Vermögen verwalten? Wer darf in meine Krankenunterlagen einsehen oder meinen Mietvertrag kündigen, wenn ich ins Heim muss? All diese Fragen sollte man vorher regeln. Eine wirksame Vorsorgevollmacht kann dann die gerichtliche Anordnung der Betreuung durch einen Fremden entbehrlich machen.

Das Brandenburger Justizministerium veranstaltet am 9. Juli ab 18.00 Uhr im Saal des Stadthaus in Cottbus eine Veranstaltung dazu. Hier kann jeder seine Fragen loswerden. Außerdem gibt es eine Broschüre „Vorsorgevollmacht – an alles gedacht!“. Sie enthält Tipps, Beratungsstellen und Vordrucke, so dass man schnell den für sich richtigen Weg findet.

Die Broschüre kann bei der Pressestelle des Justizministeriums bestellt oder auf der Internetseite www.mdj.brandenburg.de heruntergeladen werden.



Die BO 03 meldet sich zu Wort: Die linksjugend [‘solid] in Cottbus

Die linksjugend [‘solid] ist seit Jahren fester Bestandteil der linkspolitischen Arbeit. Als eigenständiger Jugendverband der Partei DIE LINKE ist die linksjugend [‘solid] ein eingetragener und gemeinnütziger Verein. Er hat, wie DIE LINKE selbst, einen Bundesverband, welcher sich in Landesverbände und Basisorganisationen untergliedert.

Mit einer bunten Auswahl an politischen Themen deckt die linksjugend [‘solid] ein breites linkspolitisches Spektrum an Betätigungsfeldern für junge Menschen ab. So ist die dortige Mitarbeit oft der erste Schritt zur späteren Parteiarbeit. Die linksjugend [‘solid] sieht sich als antikapitalistischer, sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer, feministischer sowie parteinaher Jugendverband.

Ein wichtiges Gremium der linksjugend [‘solid] ist auf Bundes-/Landesebene der Bundes-/LandessprecherInnenrat. Dieses Gremium besteht aus SchülerInnen, Jugendlichen, Studierenden, jungen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, engagierten Menschen. Auf der Internetseite des Bundesverbandes schreiben sie:

„Der BundessprecherInnenrat ist quasi der Vorstand der linksjugend [‘solid]. Wir haben keine Vorsitzende oder Vorsitzenden, sondern der BSPR entscheidet zwischen den Bundeskongressen gemeinsam. Er ist verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Umsetzung der Beschlüsse des Bundeskongresses, hält den Geschäftsbetrieb aufrecht, und koordiniert die Arbeit der Landesverbände. Der BSPR besteht aus sieben gleichberechtigten Mitgliedern sowie einem Schatzmeister. Er wird jedes Jahr durch den Bundeskongress neu gewählt.

Auf dem letzten Bundeskongress Ende April 2013 wurden Wieta Fehner, Miriam Strunge, Lissy Bott, Lisa Müller, Malte Fiedler, Florian Häber, Balakrishnan Koculan und Hannes Retzlaff in den BundessprecherInnenrat gewählt.“

Es gibt viele verschiedene Bundesarbeitskreise. Ohne sie wäre der Jugendverband kaum vorstellbar. In den BAK können sich interessierte Mitglieder zusammenschließen, um gemeinsam, länderübergreifend zu einem Themengebiet Positionen zu entwickeln und sich inhaltlich weiterzubilden. Zudem unterstützen sie den BundessprecherInnenrat bei Kampagnen, Veranstaltungen und Aktionen.

Doch unter sich bleiben die Jugendverbandsmitglieder nicht, denn in vielen BAK engagieren sich auch Mitglieder des Studierendenverbandes dielinke.SDS. In der Regel finden zweimal jährlich die sogenannten BAK- beziehungsweise

se Zivilklausel fordert von den Universitäten, dass die Forschung sich auf zivile Angelegenheiten beschränkt und keine Forschung im militärischen Bereich stattfindet. Bisher wurde die Einführung der Zivilklausel in sehr wenigen Städten erst erreicht. Es bleibt wie immer viel zu tun.

Nach dieser allgemeinen Vorstellungsrunde sollen unsere Leserinnen und Leser nun mehr über unsere linksjugend [‘solid] in Cottbus erfahren.

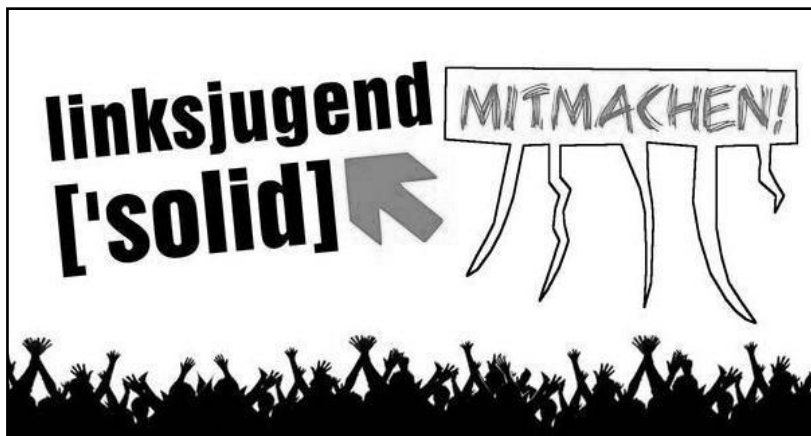
Unsere Gruppe besteht aus über 20 Mitgliedern. Wir treffen uns wöchentlich am Mittwoch um 19.00 Uhr in den Räumen der Kreisgeschäftsstelle in Cottbus. Unsere Mitglieder befinden sich im Altersbereich zwischen 15

und 30 Jahren. In unserer Gruppe sind kreative und engagierte Köpfe zu Gange. In unseren Jugendsitzungen sprechen wir über vielfältige Themen. Da die letzten Wochen auch auf Grund des vergangenen Wahlkampfes sehr bewegt waren, waren die letzten Sitzungen besonders intensiv.

Wir befassten uns in der jüngsten Zeit mit den

Themen Jugendwahlkampf, beäugten kritisch die neue Montagsdemo/Mahnwache für Frieden und Freiheit in Cottbus, planten Infostände und werteten verschieden Veranstaltungen aus.

Eine eigene und gelungene Veranstaltung war das open-air-kino am 24. Mai auf dem Schillerplatz am Staatstheater in Cottbus. Ab 14.00 Uhr waren wir mit einem Infostand vor Ort und konnten so das Interesse einiger junger aber auch älterer BürgerInnen an unserer Jugendarbeit wecken. Im Anschluss an den Infostand zeigten wir den Film „Oh Boy“. Auf Grund des regnerischen Wetters kamen leider nicht so viele Besucher, wie es geplant war. Trotzdem waren 34 Kinobesucher da und genossen den gemeinsamen Filmabend bei Getränken und Popcorn. Das open-air-kino nutzten wir, um Spenden für das Asylbewerberheim Cottbus



Verbands-Wochenenden statt. Sie bieten neuen Mitgliedern die Chance, die verschiedenen BAKs kennenzulernen und geben den Arbeitskreisen Zeit und Raum, ihre Projekte und Aktionen zu planen und weiterzuentwickeln.

Im Moment sind folgende BAK in der linksjugend [‘solid] aktiv: BAK Antimilitarismus und Frieden, BAK Antifa, BAK Feminismus, BAK Internationales, BAK Krise, BAK Queer, BAK Shalom.

Die linksjugend [‘solid] hat auch einen Hochschulverband. Er nennt sich „dielinke.sds“ (sozialistisch-demokratischer Studierendenverband). Dieser Hochschulverband ist eine Arbeitsgruppe mit Sonderstatus. In ihm wirken Studierende an Hochschulen, um demokratische Strukturen an den Hochschulen zu fördern und zu fordern. Eine besondere Forderung des SDS ist es, an allen Hochschulen in der Bundesrepublik eine sogenannte Zivilklausel einzuführen. Die-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Die BO 03 meldet sich zu Wort: Die linksjugend [‘solid] in Cottbus

(Fortsetzung von Seite 7)

zu sammeln. Wir verkauften geschlossene Getränke für sehr „soziale“ Preise. Der daraus entstehende Gewinn wird nach der Landtagswahl gespendet. Weitere open-air-kinos sind im Juli sowie im August geplant.

Eine besondere Veranstaltung steht im September, kurz vor der Landtagswahl an: „dance against racism“ (Tanz gegen Rassismus). Wir werden im Rahmen der bevorstehenden Veranstaltungen weiterhin Getränke verkaufen und Spenden sammeln, um das Asylbewerberheim in Cottbus zu unterstützen.

Soweit möglich, werden wöchentlich durch ein bis zwei Mitglieder sogenannte Impulsreferate gehalten. Dies sind kurze Vorträge von maximal 20 Minuten, denen sich eine Diskussion anschließt. So gelingt es uns, Wissen in kurzer Zeit über ein bestimmtes politisches Thema zu erwerben oder vorhandenes Wissen in einer Diskussion auszutauschen. Geplante Themen sind Nahostkonflikt, Faschisten

im ländlichen Raum, Bildungspolitik und andere. Natürlich arbeiten wir außerhalb unserer Sitzungen mit Netzwerkpartnern gegen Rechts zusammen, wie in diesem Jahr bei der Demonstration gegen den Neonaziaufmarsch im Februar.

Es gelang uns in den letzten Wochen, einige Interessenten mit Verbleibesaussicht sowie neue Mitglieder für die linksjugend [‘solid] in Cottbus zu gewinnen. Wir brauchen immer junge Menschen, die den politischen Diskurs mögen und bereit sind, für sich und für eine bessere Gesellschaft einzustehen und mitzuwirken an den Themen, die gerade die Jugend interessiert. Es ist eine Aufgabe der Jugend, sich für jugendliche Interessen einzusetzen und politisch aktiv zu werden, um gesellschaftliche sowie politische Veränderungen zu erwirken.

Wir nehmen unsere Verantwortung ernst und zeigen die Schwächen der kapitalistischen Gesellschaft auf. Unter Bezugnahme auf immer neue Ereignisse, durch die sich unsere Gesellschaft immer wieder negativ kennzeichnet, arbeiten wir

im kleinen und auch gewissermaßen im großen Kreis für eine Gesellschaft, in der Menschen eigenverantwortlich, selbstbestimmt, gleichberechtigt, chancengleich und gerecht leben können.

An dieser Stelle möchten wir einen großen Dank aussprechen. Der Dank geht an unseren Kreisgeschäftsführer Christopher Neumann, der, wie er selbst sagt, sich aus der aktiven Jugendarbeit heraushält. Jedoch ist er immer dabei, wenn die linksjugend [‘solid] in Cottbus Unterstützung benötigt.

Chrissi, wir danken dir!

Wir danken ebenfalls allen Genossinnen und Genossen, die uns unterstützt haben und uns weiterhin unterstützen werden, und bitten, dass sie unsere Anliegen weitertragen an junge Menschen, an ihre Kinder, Enkel, Bekannten und Verwandten, die jung sind und sich für uns interessieren könnten. Neue Mitglieder werden stets gebraucht.

*Alexander Bode,
linksjugend [‘solid] Cottbus*

Wahlumfrage: 25 Prozent plus X sind möglich!

„Märkische Oderzeitung“ und der RBB haben eine neue Umfrage für die Landtagswahlen veröffentlicht.

Zu den Ergebnissen erklärte der Landesvorsitzende Christian Görke: „Die LINKE hat im Vergleich zur letzten Umfrage einen Prozentpunkt zugelegt, während CDU und SPD je zwei Prozentpunkte verlieren.“

Unser Ziel bei den Landtagswahlen, 25 Prozent plus X, ist erreichbar. Besonders positiv bewerten wir die deutlich ge-

stiegene Zufriedenheit mit der rot-roten Landesregierung. Dies ist auch zurückzuführen auf das Wirken der LINKEN. Wir zeigen, dass solide Finanzpolitik mit sozialem Augenmaß möglich ist, während die CDU versucht, ideenlos mit polemischen Wahlversprechen in Höhe von mehr als 1,3 Milliarden Euro zu punkten.

Ich freue mich über die deutlich gestiegene Zufriedenheit mit meiner Arbeit als Finanzminister und Landesvorsitzender. Klar ist: Wer alle Krankenhaus-

standorte auch weiter sichern will, wer kleinere Kita-Gruppen, mehr Lehrer und gute Bildung für alle Kinder will, wer die Kommunen weiter stärken und wieder öffentliche Investitionen für Infrastruktur will, wird sich am 14. September für DIE LINKE entscheiden müssen. Ein zurück zur Politik von Stillstand, Schulschließungen, Überalterung des Öffentlichen Dienstes und Schuldenmacherei, also ein zurück zur CDU, darf es im Interesse der Menschen in Brandenburg nicht geben.“



5. Juli 2014 | Cottbus | Landesparteitag

Aus meiner Sicht

Ehrliche Begeisterung Ja – nationale Arroganz Nein

...und der große Affenzirkus rund um die Fußball-WM



Für vier Wochen befindet sich die BRD im Ausnahmezustand. Nein, keine Angst, es droht kein neues Jahrhunderthochwasser oder gar Orkansturm Kyrill 2. Auch die

Russen haben nicht vor, unser Land zu annektieren. Selbst ein bevorstehender Weltuntergang könnte das Ereignis nicht toppen: Das Fußball-WM-Fieber ist ausgebrochen.

Und dabei interessiert die ganze Nation angeblich nur eine Frage: Wird Deutschland Weltmeister oder nicht? Und drumherum wird mit allen Mitteln und Methoden ein Rummel veranstaltet, dass sich die Balken biegen.

Nahezu alle Medien hierzulande überschlagen sich in ihrer Berichterstattung.

Die Prospekte sämtlicher großen Handelsketten dominieren allerlei „weltmeisterlichen“ Firlefanz, von der Weltmeisterbockwurst über den Schichtsalat, dem Wackelpudding bis hin zu Kontaktlinsen und Kondomen, natürlich alles schwarz-rot-gold dekoriert.

In den meisten Kaschemmen locken „Public Viewings“ (gibt es keinen deutschen Begriff dafür?) zum schlemmen und feiern. Massenweise Fanmeilen offerieren allerlei Klamauk und überbordende Begeisterung.

Die WM ist für alle scheinbar ein Riesenspaß und ein Riesengeschäft. Dafür ist kein noch so dümmliches Angebot zu schade. Selbst mit Schnecken, Fröschen, Fliegen, Würmern und auch Hefekulturen sowie einer Kuh als Orakel macht auch der größte Blödsinn Furore. Gar nicht zu reden von den vielen geistlosen „Verkleidungen“, Bemalungen und Ausschmückungen mit den Nationalfarben an Autos, auf Balkonen und Häuserwänden.

Ohne Frage, der weltmeisterliche ramba-zamba-Trubel geht einem mitunter ganz schön auf den Keks.

Nun ja, vielleicht sollte man all das nicht gar zu ernst nehmen. Schließlich geht es doch nur darum, die Begeisterung

der Millionen Fußballfans landesweit für „die schönste Nebensache der Welt“ zu unterstützen.

Oh, wie gern würde ich mich dieser Meinung anschließen. Auch ich interessiere mich für Fußball, habe mit Energie bis zum bitteren Abstieg gefiebert und verfolge alle Spiele der WM mit großem Interesse. Mein Standpunkt: Der Beste soll gewinnen und Weltmeister werden. Und wenn es die deutsche Mannschaft ist, verdient das ehrliche Begeisterung und Anerkennung.

Was mich vor allem stört und mir neben all dem Affenzirkus geradezu Bauchschmerzen verursacht, ist die Arroganz und der Nationaltaumel, mit der ein solcher WM-Titel bar jedes fair play bereits jetzt medienweit herbeigeredet wird. Es ist der gravierende Widerspruch zwischen meinem Gefallen am weltbesten Fußball und all seinen politischen und ideologischen Nebenwirkungen.

Den anderen Mannschaften billigt man mehr oder weniger lediglich eine Statistenrolle zu beim gigantischen Durchmarsch des deutschen Teams an die absolute Weltspitze. Jegliches Scheitern vor dem Finale wäre bereits ein Fiasko.

Hiermit wird eine „Begeisterung“ gefördert, die sehr dicht an profanen Nationalismus heranreicht. Ja, ja, Deutschland, Deutschland über alles!

Wie gern würde ich mich über jeden Sieg der DFB-Elf freuen, wenn nicht der ganze Affenzirkus drumherum wäre.

Nicht viel anders sieht es mit dem „Quartier“ der deutschen Mannschaft in Brasilien aus. Während die anderen Teams in normalen Hotels wohnen, wurde für die deutschen Profis ein extra Luxuscamp mit modernem Trainingsfeld errichtet. Auf 15 000 Quadratmetern Fläche logieren die 23 Spieler sowie 40 Helfer in 14 Villen mit 65 Suiten, vollgepackt mit „Wohlfühlatmosphäre und auch viel Kunst“.

Das Kontrastprogramm befindet sich gleich um die Ecke, nahezu in Sichtweite des Löw-Teams – eine brasilianische Armutsregion, in der laut Fernsehbericht noch heute Kinder an verunreinigtem Wasser sterben, weil es an einfachsten hygienischen Voraussetzungen mangelt.

Die „Rundschau“ bezeichnete in einem Bericht das DFB-Luxuscamp als „gewagtes Projekt“ mit „irritierenden Kontrasten“. Für mich ist es schlicht gesagt ein Skandal, ja eine Riesensauerei, Millionen sinnlos zu verprassen, wo nebenan das Elend wohnt.

Nichts rechtfertigt meiner Meinung nach diese gigantischen Aufwendungen für eine, wenn auch sehr populäre Sportart, nicht einmal der WM-Titel.

Hinzu kommen ja noch die 300 000 Euro Sieg-Prämie für jeden Spieler, die ja meist selbst schon Millionäre sind, und die Millionen für das dazugehörige Personal. Insgesamt Summen, die die Milliarden Euro-Grenze und unser Vorstellungsvermögen sicher wohl weit überschreiten. Angesichts solcher Tatsachen – kann man da vorurteilsfrei, mit ehrlicher Begeisterung und ungeteilter Freude dem Spiel der deutschen Mannschaft zujubeln?

Mein Gartennachbar sähe es sogar am liebsten, wenn alle die WM boykottiert hätten beziehungsweise die BRD-Mannschaft bereits in der Vorrunde aus dem Wettbewerb geflogen wäre.

Na ja, ganz so drastisch würde ich es nicht sehen, schließlich spielt die Truppe einen wirklich guten Ball. Aber verständlich ist diese Meinung durchaus.

Da fragt man sich schon, ob es überhaupt wünschenswert ist, dass die deutsche Elf den Titel gewinnt.

Ich weiß, die Mehrzahl der Millionen euphorisierten deutschen Fußballfans würde mich ob dieser Fragestellung am liebsten kreuzigen.

Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass es mindestens ebenso viele Mitbürger hierzulande gibt, die das „falsche Spiel“ durchschauen und sich von diesem Fußballfieber, wohl besser Fußballwahn, nicht anstecken und manipulieren lassen. Und die keinen Bock haben auf schwarz-rot-goldene Jubelarien und „Sieg“-Rufe.

Auch ein Blick hinter solche scheinbar unpolitischen Kulissen sagt viel darüber aus, wie dieses Gesellschaftssystem tickt.

Text: Joachim Telemann

Bild: de.mascot.fifa.com/friends.php

Seit 10 Jahren: Ständiges Forum der Europäischen LINKEN der Regionen

Traditionell seit 21 Jahren treffen sich LINKE aus Deutschland, Tschechien, Slowakei zu Himmelfahrt im Europacamp, um sich über aktuelle Politik, Erfahrungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszutauschen. Mit der Gründung des SFEL-R begleiteten wir fördernd den Prozess der Gründung der Partei der Europäischen LINKEN, deren 10. Geburtstag wir ebenfalls feierten.

In diesem Jahr organisierten die tschechischen Genossinnen und Genossen des Kreises Mittelböhmen im malerischen Ort Borovice am Rand des Böhmisches Paradieses das Treffen. Mit Tanz und Lagerfeuer klangen die Tage aus, ein touristischer Tag führte uns in die mit Schlössern und Burgen reich gesegnete Region.



Das Objekt des Europacamps

Der „politische Sonnabend“ galt den Diskussionen und der Beratung darüber, ob und wie diese Art der Zusammenarbeit fortgesetzt werden sollte.

Ein Diskussionsforum war der Intensivierung der parlamentarischen Zusammenarbeit gewidmet, denn nun gibt es LINKE in Tschechien, Deutschland und Andalusien mit praktischer Erfahrung in kommunaler und Regierungs(mit)verantwortung. Dieses Potential wird aus unserer Sicht noch unzulänglich genutzt.

Ein zweites Forum hatte den Kampf gegen den Neofaschismus zum Inhalt, angesichts der Rechtsentwicklung in ganz Europa brandaktuell. Da nach den Niederlagen der Nazis bei ihren Aufmärschen in Dresden und auch Cottbus die-

se nun ins Grenzgebiet CZ/D ausweichen und zum Beispiel in Karlovy Vary ungehindert eine erschreckende Fackelprozession abhielten, berichteten wir Genossinnen und Genossen aus Deutschland von unseren ganz praktischen, über 20 Jahre entwickelten Formen und Erfahrungen bei der Organisation von Widerstand gegen neofaschistische beziehungsweise im weitesten Sinne menschenfeindliche Aktionen und Erscheinungen.

Dabei sollten wir in stets in länderübergreifendem Kontakt bleiben und uns auch personell unterstützen.

Die tschechischen Genossinnen und Genossen waren selbst mehrfach am 13. Februar in Dresden, nun ist die Reihe an uns, wenn sich deutsche Nazis in Tschechien breitmachen wollen.

An der Beratung über die Zukunft unserer Zusammenarbeit

nahmen auch Gründungsmitglieder der Anfangsjahre teil. Das Bekenntnis über die Notwendigkeit der Fortsetzung unserer Zusammenarbeit als Europäer, als Basis der Parteien und als Bürger unserer Länder, als Menschen, die sich nahe kommen, war eindeutig. Die Führung der KSCM zeigte ihre Wertschätzung dafür durch ihre Teilnahme (1. stellvertretender Parteivorsitzender Petr Šimunek, Kreisvorsitzender



Die Geburtstagstorten für die beiden Jubilare. Im Präsidium Petr Šimunek, Jaromír Kohlíček, Hans-Peter Schömmel (v. l.)

Stanislav Grosopic, EP-Mitglied Jaromír Kohlíček) und der Würdigung der Aktivistinnen und Aktivisten „der ersten Stunde“.

Leider folgte von Seiten der Brandenburgischen Landespartei niemand der Einladung aus Anlass der Gründung des Ständigen Forums und der Europäischen Linkspartei vor 10 Jahren. Dies bemängelten zurecht auch die tschechischen Genossinnen und Genossen, sehr lange schon mit Niemandem der Parteispitze aus Deutschland auf einem solchen Treffen Kontakt gehabt zu haben.

Wir Mitglieder des Netzwerkes EL in Brandenburg nehmen das als Auftrag, uns um die Einbindung unserer Arbeit in die Planung der Landespartei stärker zu bemühen.

Text: Sonja Newiak,
Netzwerk EL/AG Polittourismus
Cottbus

Fotos: Frithjof Newiak



Das Schloß Mníchovo Hradišt - in der Felsenstadt

Internationales politisches Rotes Kreuz



Im Verlaufe der Entwicklung der Arbeiterbewegung entstanden spezielle, politisch und sozial unterschiedlich motivierte Organisationen wie der Arbeiter-Samariter-Bund, die Arbeiterwohlfahrt und die Internationale Arbeiterhilfe.

In Deutschland waren die ersten Rote-Hilfe-Komitees 1921 als Selbsthilfeaktionen von Arbeitern auf die Repressionen gegen die Kämpfer des Mitteldeutschen Aufstandes vom März 1921 entstanden, denen besonders die Frauen und Kinder der Kämpfer ausgesetzt waren.

1922 begründete der polnische Kommunist und führende Politiker der Kommunistischen Internationale, Julian Marchlewski, die Internationale Rote Hilfe (IRH – auch bekannt unter dem russischen Kürzel MOPR) als politisches Gegenstück zum Internationalen Roten Kreuz. Ihr Symbol war das durch die Gitter eines Kerkerfensters geschwenkte rote Tuch.

Vom 14. bis zum 16. Juli 1924 fand ihr erster internationaler Kongress statt, auf dem sich Vertreter aus 19 Ländern, unter anderem aus Österreich, Großbritannien, Frankreich, Mexiko, Spanien und den USA trafen. Kontakte bestanden in 19 weiteren Ländern.

Nach dem Tod Marchlewskis übernahm Clara Zetkin 1925 die Leitung der IRH. Ihr zur Seite stand ab 1927 die Rus-

sin Jelena Stassowa, die bereits 1921 am Aufbau von Rote-Hilfe-Komitees in Deutschland mitgewirkt hatte.

Die IRH machte es sich zur Aufgabe, die Familien der politischen Gefangenen mit Hilfgeldern zu versorgen, die Gefangenen im Gefängnis zu betreuen, Flüchtende mit falschen Papieren auszustatten und Angeklagte mit Anwälten zu versorgen.

Sie richtete Heime für Kinder verfolgter Revolutionäre ein, zum Beispiel in Worpsswede (Barkenhoff), Elgersburg und in der Sowjetunion in Iwanowo. Hierzu war vor allem die Sammlung von Geld- und Sachspenden zu organisieren.



Der Barkenhoff des RHD-Gründungsmitglieds Heinrich Vogeler, zeitweilig als Kinderheim der Roten Hilfe genutzt.

Eine zentrale Rolle spielten Internationale Hilfskampagnen. 1925 waren es sechs internationale Kampagnen, 26 im Jahr 1929 und 32 im Jahr 1932. Solche Kampagnen waren unter anderem die gegen den faschistischen Terror in Italien, die blutige Verfolgung von Sozialisten in den von Militärdiktaturen beherrschten Balkanländern, Polen und dem Baltikum, gegen Massaker an chinesischen Revolutionären und die Lynchjustiz an Afroamerikanern in den USA.

Der Erfolg dieser kommunistisch geführten Kampagnen beruhte auf ihrer

unsektiererischen Bündnispolitik, durch die es gelang, neben Kommunisten auch Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten einzubeziehen.

Ziel war es, neben der unmittelbaren Hilfe für die Verfolgten, den Werktätigen an Hand der Tatsachen den Terror und die Klassenjustiz als internationale Erscheinung, als letzte Mittel der Weltreaktion und die Notwendigkeit der organisierten internationalen proletarischen Solidarität zu beweisen.

Als sich 1943 die Kommunistische Internationale auflöste, war dies auch das Ende der IRH.

Im Jahr 2000 wurde die IRH in Brüssel neu gegründet (Secours Rouge International, SRI). Die beiden Zentralsekretariate der IRH befinden sich heute in Brüssel und Zürich. Das Büro in Zürich wird vom Revolutionären Aufbau Schweiz (RAS) geführt.

In Deutschland entstand 1986 die Rote Hilfe e.V., die aus der am 26. Januar 1975 von der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) gegründeten Rote Hilfe Deutschlands (RHD) hervorging.

Wie es Nick Brauns in der Zeitschrift „Die Rote Hilfe“ Heft 3 von 2007 formulierte: „...sollten wir, angesichts des weltweiten ‚Krieges gegen den Terror‘, der ein Krieg zur Durchsetzung westlich-kapitalistischer Dominanz über den Rest der Welt ist, die Traditionen der Internationalen Roten Hilfe wieder aufgreifen. Wenn EU und USA alle, die sich dem neuen Kolonialismus militant widersetzen, mit Terrorlisten für vogelfrei erklärten, sollten wir gegen diese Globalisierung der Repression die internationale Solidarität der Verfolgten und Unterdrückten setzen.“

Dr. Gerlinde Grah

Einladung zum Gedenken an Ernst Thälmann

Am 18. August 1944 – vor 70 Jahren – wurde Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar ermordet.

Wir wollen uns am **18. August 2014 um 17.00 Uhr** am einzigen in Cottbus befindlichen Gedenkstein in Sandow, Muskauerstraße 1, zum stillen Gedenken treffen.

Wir Sandower Genossinnen und Genossen rufen alle Mitglieder der LINKEN in Cottbus auf, diesen über die Ländergrenzen hinweg anerkannten Antifaschisten an diesem Tag zu ehren.



„Eine zukunfts feste Altersvorsorge muss auf drei Säulen ruhen“⁽¹⁾

Mythen und Fakten zur Rentenpolitik (Teil 6)

Was gesagt wird:

Der Versicherungskonzern Allianz erklärt das „Drei-Säulen Modell“ so: „Sie haben zahlreiche Möglichkeiten, fürs Alter vorzusorgen. Möglichst alle davon sollten Sie nutzen: 1. Die gesetzliche Vorsorge. [...] 2. Die betriebliche Vorsorge. [...] 3. Die private Vorsorge. Der Staat unterstützt bestimmte Formen Ihrer privaten Altersvorsorge mit attraktiven Zulagen und steuerlichen Vorteilen.“

Da es in Deutschland immer mehr alte Menschen gibt, wird die gesetzliche Vorsorge im Ruhestand künftig nur noch für das Nötigste reichen. Eine eigenverantwortliche betriebliche und private Vorsorge ist deshalb unverzichtbar.⁽²⁾

Was ist dran?

Die betriebliche Versorgung und private Versicherung sind keineswegs neue Erfindungen.

Früher ergänzten sie die gesetzliche Rentenversicherung und sorgten so für ein noch besseres Einkommen im Alter. Insbesondere die Betriebsrente war eine zusätzliche Leistung der ArbeitgeberInnen und wurde überwiegend von diesen bezahlt. Heute ersetzen die betriebliche und private Vorsorge die gesetzliche Rente teilweise, anstatt sie zu ergänzen. Und bezahlt werden sie zunehmend allein von den Beschäftigten.

Das System der Alterssicherung als „Drei-Säulen-Modell“ zu beschreiben, zeichnete daher schon immer ein falsches Bild.

Um jedoch in dem Bild zu bleiben: Früher konnten die, die wollten, mit der betrieblichen oder privaten Rente noch einen Balkon ans Rentenhaus anbauen. Heute sind sie nötig, um die politisch gerissenen Lücken in den Wänden notdürftig zu stopfen – an einen Balkon ist da nicht mehr zu denken.

Wenn es um die staatliche Unterstützung geht, wird mit zweierlei Maß gemessen. Auf der einen Seite hört man regelmäßig die Klage, dass die gesetzliche Rente mit viel Steuergeld gestützt werden müsse.⁽³⁾ Dabei soll der Bundeszuschuss* unter anderem allgemein gesellschaftspolitische Aufgaben abdecken, etwa Kriegsfolgelasten oder Fol-

gekosten der deutschen Einigung. Auch wurde der Zuschuss bewusst erhöht, als 1999 die Ökosteuern eingeführt und mit den Einnahmen der Verzicht auf höhere Rentenversicherungsbeiträge finanziert wurde.⁽⁴⁾

Die Einnahmen aus den Ökosteuern betragen heute fast 20 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite rühmt sich die Bundesregierung großzügiger Zuschüsse zur privaten Versicherung. Dabei fließt dieses Geld zu einem Großteil in die Taschen der Versicherungsbranche.⁽⁵⁾

Statt Menschen – so sie es überhaupt können – in private Versicherungen zu drängen und diese zu fördern, könnte auch die gesetzliche Rente auf ein stabiles Fundament gestellt werden. So blutet sie aber immer weiter aus, die Leistungen sinken immer weiter, bis die Rente tatsächlich nur noch für das Nötigste reicht.

Die Einzigen, die sich ins Fäustchen lachen, sind die privaten Versicherungsunternehmen, AnlageberaterInnen und Investmentfirmen⁽⁶⁾ – und die „Experten“, die von ihnen alimentiert werden, weil sie alle Welt davon überzeugt haben, dass die gesetzliche Rente nicht sicher ist.

* **Bundeszuschuss:** Ein Teil der Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung sind Zahlungen des Bundes, finanziert aus dem allgemeinen Steueraufkommen.

Sie sollen allgemein gesellschaftspolitische Aufgaben abdecken, darunter Folgekosten der deutschen Einheit, Kriegsfolgelasten oder Renten für SpätaussiedlerInnen. Bei Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung 1957 lag der Anteil des Bundeszuschusses bei 27 Prozent der Ausgaben. Anschließend sank er nach und nach. Zwischen 1970 und 1990 lag er bei rund 15 Prozent, stieg dann wieder und liegt seit 2005 bei rund 24 Prozent.

• • • • •

(1) Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Alterssicherungsbericht 2012, S. 11.

(2) www.allianz.de/ratgeber/vorsorge/wissen_service/kurz-erklart/d/content/glossar-d-2.html.

(3) „Bundeszuschuss in Rentenkasse steigt dramatisch auf 90 Milliarden Euro“ – so war es etwa am 15.8.2013 auf finanznachrichten.de zu lesen; 2013 lag der Zuschuss bei 81 Milliarden Euro, bis 2017 soll er nach Finanzplan des Bundes auf 90 Milliarden Euro steigen.

(4) Vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/01MagazinSozialesFamilie/2011/11/11.html?context=Inhalt,3.

(5) Vgl. Meldung der Verbraucherzentrale: www.vzbv.de/5212.htm.

(6) Die Direktbank Cortal Consors zum Beispiel wirbt mit folgenden Worten für ihre Dienste: „Sichern Sie sich die staatliche Förderung für Ihre Altersvorsorge und sparen Sie durch den Steuervorteil mehr Geld für die Zusatzrente an. [...] Ein Berater von Cortal Consors unterstützt Sie gern dabei.“ (www.cortalconsors.de/ev/Transversal/Altersvorsorge/Staatliche-Foerderung-Altersvorsorge).

Vortrag & Gesprächsrunde

„Geschwister – Rivalen oder beste Freunde?“

Am 30. Juli

10.00 -12.00 Uhr

im Eltern-Kind-Cafe,

Familienhaus am Spreeufer 14/15,
03046 Cottbus

Im Rahmen des Projektes Wunschgroßelterndienst laden wir Interessierte herzlich ein. Wir bitten um eine Anmeldung bis zum 25. Juli unter 0355-4 88 86 63 oder info@freiwilligenagentur-cottbus.de

Für den Vortrag und die Gesprächsrunde konnten wir Doris Klinke-Schulze, Diplom-Psychologin/Gestalttherapeutin/Körpertherapie, gewinnen. Seit 2000 arbeitet sie als Psychologin in der Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Trägers Jugendhilfe Cottbus gGmbH. Der Eintritt ist frei.

Ramona Franze-Hartmann,
Leiterin Freiwilligenagentur

FREIE HEIDE natürlich entwickeln



Der 9. Juli 2009 ist ein historisches Datum. An diesen Tag werden sich viele, die 17 Jahre Widerstand gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide geleistet haben, noch lange erinnern.

Am 27. März 2009 hatte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erneut drei Klagen gegen das Bombodrom stattgegeben und der Bundeswehr rechtsstaatswidriges Verhalten attestiert, aber Revision zugelassen.

In einer Aktuellen Stunde der LINKS-FRAKTION im Bundestag gab es aber selbst bei der schwarz-roten Koalition Zweifel, ob sich dieses Vorhaben gegen die Region durchsetzen lässt. Im gerade laufenden Bundestags- und Landtagswahlkampf verdichteten sich die Gerüchte für einen Verzicht. Als ihn dann aber Minister Jung (Union) am frühen Nachmittag des 9. Juli 2009 tatsächlich erklärte, war das unfassbar. Ironischerweise erfolgte der Verzicht auf den Tag genau sechs Jahre nachdem Verteidigungs-

minister Struck (SPD) seine Inbetriebnahme angeordnet hatte, die nur gerichtlich verhindert werden konnte.

Schnell war für den Abend eine erste kleine Siegesfeier in Fretzdorf organisiert, dem traditionellen Startort der Protestwanderungen am Ostersonntag. Selten wurde euphorischer gefeiert als bei diesem grandiosen, aber hart erarbeiteten Sieg eines Bündnisses, das über alles Trennende hinweg den Widerstand auf den Straßen, in den Parlamenten und vor den Gerichten geleistet hat. Aber noch an diesem Abend ging die Arbeit weiter. Denn die Fläche sollte im öffentlichen Besitz und als einer der wenigen großen, unzerschnittenen Naturräume gegen moderne Raubritter gesichert werden.

DIE LINKE hatte immer gefordert, dass die 12 000 Hektar in Bundesbesitz bleiben und die Bundesregierung finanziell Verantwortung übernimmt.

17 Jahre erzwungener Frieden hatte zwar der Natur Raum gegeben, aber die Teilflächen mit Munition und Altlasten

sind ein schweres Erbe und ein Hindernis für die regionale Entwicklung. Die Bundesimmobilienanstalt (BImA) als Verwalterin der Fläche musste sich erst Vertrauen erarbeiten, und gleichzeitig mussten sich die Akteurinnen und Akteure der Region darüber verständigen, was sie wollen. Dazu war viel theoretisch diskutiert worden, und auch DIE LINKE im Bundestag hatte in einer Broschüre ihre Überlegungen beigetragen.

Aber wenn die reale Chance besteht, Ideen auch umzusetzen, wird ein neuer Konsens gebraucht. Eine Kommunale Arbeitsgemeinschaft gab und gibt mit Unterstützung des Brandenburger Wirtschaftsministeriums der Diskussion von Bund, Kommunen und Interessierten aus der Region den Rahmen.

Sehr schnell wurden eine naturnahe Entwicklung und Waldwirtschaft sowie sanfter Tourismus als gemeinsames Ziel formuliert. Nur die 200 Millionen Euro, die der Bund für die militärische Nutzung zur Verfügung gestellt hätte, blieben nahezu aus, obwohl DIE LINKE das Geld immer wieder beantragt hatte – auch zur Wiedergutmachung der jahrzehntelangen Blockade der Regionalentwicklung. Das bremst den Fortschritt, und die Ungeduld im Umfeld des ehemaligen Bombodroms ist gut verständlich.

Sie wollen diesen Fremdkörper, der die Region spaltet, wieder sanft in Besitz nehmen, dessen Betretung nach wie vor grundsätzlich verboten ist. Aber in Tippschritten geht es voran.

Oberste Priorität ist Sicherheit. Das heißt Identifizierung und Beseitigung der Gefahren durch Munition und Altlasten. Ein Brandschutzstreifen um den gesamten Platz ist realisiert. Die Entwicklung des südlichen Drittels der Fläche als Nationales Naturerbe liegt in den Händen der Sielmannstiftung, die parallel zur geplanten schrittweisen Freigabe einiger Wege Bänke, Informationstafeln und Biwakplätze bauen lässt. Immer mehr Kutschfahrten auf das Gelände können gebucht werden. Bei der planmäßigen Pflege und Offenhaltung eines großen Teils der Heideflächen mittels Feuer gibt es unterdessen gute Erfahrungen.

Es war und ist ein langer Weg zurück in den Frieden, aber die Heide ist frei! Diesen Erfolg der Demokratie lassen wir uns nicht mehr nehmen.

Kirsten Tackmann

glossiert

„Gotteskrieger“

In einem „Deutschlandfunk“-Gespräch während seiner kürzlichen Norwegen-Reise forderte Bundespräsident Gauck die BRD dazu auf, die falsche Scheu endgültig abzulegen und sich noch mehr an Kriegseinsätzen in aller Welt zu beteiligen. Offensichtlich hat sich der ehemalige Pfarrer an eine gute alte Tradition während des Ersten und Zweiten Weltkrieges erinnert, als seine deutschen Glaubensbrüder die Waffen segneten. Übrigens, damals wie heute, sehr zur Freude der Rüstungslobby.

Tejo

Ein Krieg in Briefen

Jedes geschichtliche Ereignis lässt Einnen mit Fragen zurück.

Bei der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, so wie der US-Diplomat und Historiker George F. Kennan den Ersten Weltkrieg nannte, ist das nicht anders. Eine wichtige Quelle, um sich ein Bild von dessen Verlauf und von seiner Gräueltat zu machen, oder auch um Antworten zu ergründen, ist die Feldpost. In ihr finden sich die Schilderungen der Soldaten über den Kriegsaltag. Selbst wenn ihre heutigen Leser nur noch ahnen können, wie schmerzlich ein abgeschossenes Bein, wie hart die Nächte in blutverschmierten Schützengräben, wie schlimm der Gestank verrotten Fleisches, wie verheerend ein Granatfeuer sind, und wie groß doch die Sehnsucht nach Frau und Kindern oder auch nur an die Heimat waren: Dennoch sind sie eine unverzichtbare Fahrte, um dem Lauf der Geschichte auf die Spur zu kommen.

So wurden allein etwa 28,7 Milliarden Briefe, Telegramme und Postkarten zwischen den Fronten und dem deutschen Zuhause hin- und hergeschickt. Etwa 6,8 Millionen Briefe schrieben deutsche Soldaten pro Tag.

Vor allem die deutsche Generalität setzte auf einen kurzen Krieg. Doch es wurde ein langes Sterben. Hat dies einer der kriegs(ver)herrlichen Monarchen und Generäle an ihren Kartentischen bedacht? Wohl kaum. Ausbaden mussten das die Soldaten mit ihrem Blut.

Ihre Post aus dem „Menschenschlachthaus“, sie sind ein erschütterndes Zeugnis davon. Lassen wir uns auf sie ein, erheben wir sie in den Zeugenstand der Geschichte und bilden uns ein (vernichtendes) Urteil.

So berichtet ein Georg Sally Cohn am 28. November 1914 von einem 17-Jährigen: „Der linke Unterschenkel von einer Granate schwer zersplittert, der rechte große Fleischwunde. Tränenden Auges stand der Kamerad und Freund neben dem Verwundeten, der seine Hand fest presste (...) Armer Bursch, das Bein muss fort. Er biss wacker ins Hemd, um nicht zu schreien, als er verbunden wurde...“

Am Ende vergeblich, äußerte Gaston Brion in einem Brief: „Von der Vorsehung erbitte ich nur, dass mir diese Gnade gewährt wird: Lieber gleich den Tod, als ein schreckliches Leiden, Folge dieser fürchterlichen Verwundungen, deren Zeuge wir alle Tage sind.“ Vergeblich, weil, drei Tage nach seiner Verwundung hielt das Leben noch an ihm fest, ehe es ihn am 11. September 1916 mit 30 Jahren fallen ließ.

Der 22-jährige Cellist Maurice Maréchal bat in einem Brief an seine Mutter sie um Verzeihung, als er ihr am 10. August 1914 schrieb: „(...) Ich hätte bleiben

wie viele andere Kriegsteilnehmer, selbst im Moment der unmittelbaren Bedrohung des eigenen Lebens, nicht frei von „vaterländischem Geist“.

Die meisten jedoch dürften vor allem nach der anfänglichen Kriegsbegeisterung „wie ein Kind geweint haben“, wie es der Gymnasiast Georg Götting aus Vechta am 27. Oktober 1916 in einem Brief aus Valmicourt ausdrückte. Weiter liest man bei Götting: „Es sind meine schlimmsten Stunden gewesen, während meiner ganzen Kriegszeit. Anfangs ging es so gut, und nachher kam es so ganz anders. Komme, was kommen mag.“ Und es kam - Anfang April 1917 - in Form eines Kopfschusses, der den Schädel des Kriegsfreiwilligen zertrümmerte.

Sein Fazit über den Krieg fasste der Berliner Technikstudent Hans Martens am 4. Februar 1915 in folgende Worte: „(...) Das ist überhaupt das Scheußliche in dem jetzigen Krieg - alles wird maschinemäßig, man könnte den Krieg eine Industrie gewerbsmäßigen Menschenschlachtens nennen - (...) Minenwerfer sind das Abscheulichste. Sie werden lautlos abgeworfen und schlagen oft dreißig Mann kaputt.“ Am 14. Juli 1915 war er „kaputt“, im Alter von 22 Jahren fiel Martens.

Der US-amerikanische Pilot Mc Connell schrieb „über“ Verdun: „Da unten ist nur der finstere braune Gürtel, ein Streifen gemordeter Natur. Wälder und Straßen sind verschwunden, von den Dörfern ist nichts geblieben als graue Flecken. Während schwerem Artilleriefeuer habe ich Granaten wie Regen fallen sehen.“

Was bleibt nun als Lehre und Konsequenz aus dieser (Brief)-Geschichte? Der Harvard-Geschichtspräsident Niall Ferguson zitiert in seinem Buch „Der falsche Krieg“ (Pantheon-Ausgabe, November 2013) aus einem Aufsatz von George Bernhard Shaw (Seite 15): „Erschießt Eure Offiziere und geht nach Hause.“ Nun - so radikal muss die Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen ja nicht sein. Aber nach Hause gehen - das können sie doch...



Postkarte im Ersten Weltkrieg: Soldatenleben im Schützengraben
Quelle: www.akpool.de

sollen, hätte für Dich Cello üben sollen, für Dich, die so viele Opfer gebracht, für mein schon krankes Mütterchen... Ich bin, ich will nicht feige sein. Doch die Idee, dass eine idiotische Kugel meine Zukunft verpfuschen kann, das lässt mich angstvoll erzittern. (...)“. Aber er hatte Glück, er überlebte den Krieg und wurde zu einem der bedeutendsten Cellisten Frankreichs.

Weniger Glück war dem 20-jährigen Philosophiestudenten Heinz Pohlmann beschieden. Er verfasste am 1. Juni 1916 auf dem „Toten Mann“ bei Verdun einen letzten Brief an seine Eltern. Da heißt es: „Wenn Ihr diese Nachricht von mir erhaltet, dann ist wohl herbes Leid über Euch gekommen, denn dann bin ich nicht mehr auf dieser Welt. Ich kann es verstehen, aber um eins bitte ich Euch: beklagt mich nicht...Denn trotz aller trüben Erfahrungen und Nachrichten glaube ich doch an eine Zukunft. Für das neue, größere, bessere Vaterland gebe ich gern mein junges Leben.“ So war Pohlmann,

Zwischen Neiße, Spree und Schwarze Elster: Das Lausitzer Seenland

Seniorenfahrt des Ortsverbandes Cottbus



ge drumherum oder durch Senftenberg und die Besichtigung der Gartenstadt Lauta und vieles mehr waren sehenswert.

Kondition zeigten wir Senioren, als wir den „Rostigen Nagel“ bestiegen und einen wunderschönen Panoramablick in das Lau-

Vorweg ein herzliches Dankeschön der AG Senioren im Ortsverband Cottbus, die diese informative, kurzweilige Fahrt im Juni mit dem City-Reisering organisierte.

In einer sehenswerten Panoramafahrt ging es zu mehreren Seen in der Lausitz. Wer stand schon am Bernsteinsee, schaute über den Silbersee, staunte über den Leuchtturm mit Seerestaurant am Geierswalder See, schlenkerte die Marina am Senftenberger See entlang, informierte sich an den IBA-Terrassen? Aber auch eine Stadtrundfahrt durch Hoyerswerda mit Besichtigung der „Großen Liegenden“ und der schönen Parkanla-

sitzer Land hatten. Sogar der „Sixtinische Madonna“ konnten wir im Fälschermuseum Großräschen zulächeln.

Die Schokoladenseite der Lausitz erlebten wir bei „Felicitas“ in Hornow. So viel Sehenswertes in so naher Umgebung war ein echtes Erlebnis. Für das leibliche Wohl wurde hervorragend gesorgt.

Ein erlebnisreicher Ausflug macht neugierig auf neue Ziele, und die hat Dr. Norbert Hansel, der Reiseleiter, bestimmt schon anvisiert.

Freuen wir uns darauf im kommenden Jahr.

Annely Richter, Seniorin

Polit-Frühstück

Der letzte Samstag im Monat erfreut sich bei unseren Genossinnen und Genossen immer größerer Beliebtheit, hat man doch hier die Gelegenheit, sich über Politik und viele andere Themen, welche man besprechen möchte, zu unterhalten.

Aktuelle Tagesgeschehen, Dinge, die uns in unserer Partei bewegen, Wahlergebnisse und die Erkenntnisse daraus sind selbstverständlich auch Gegenstand der Gespräche.

Ich finde es wichtig, dass wir unsere älteren Mitglieder nicht vergessen dürfen und bedenken, sie können oft abends Veranstaltungen nicht mehr so einfach besuchen. So erhalten sie hier die Gelegenheit, viele ihrer Weggefährten zu treffen und sich auszutauschen.

Es ist eine Möglichkeit, sich zu informieren, die Erfahrungen und Meinungen mitzuteilen. Und so manche wichtige Anregung erhalten auch die in Verantwortung stehenden Genossinnen und Genossen. Ich möchte nicht darauf verzichten und freue mich auf Jeden, der den Weg zu uns findet. Ein monatliches Treffen ohne Tagesordnung, ein Thema, welches hofentlich Interesse findet. Und doch sagen die Teilnehmer, was ihnen im Moment wichtig ist. So hoffe ich, dass diese Form der Begegnung uns noch viele schöne Momente und Erkenntnisse beschert.

Wenn es Themen gibt, über die Ihr gern diskutieren möchtet, wäre ich sehr erfreut, davon zu erfahren.

*Birgit Mankour,
Stellvertretende Ortsvorsitzende*

Schlagzeile in der „Rundschau“ vom 23.Juni auf Seite 1:



Prima! Endlich mal ein guter Vorschlag der Landes-CDU gegen Politikverdrossenheit und bürgerliche Scheindemokratie. Großes Kompliment Herr Schierack!

Ihnen einen schönen Urlaub!
Der Kellnerin einen guten Lohn!
DIE LINKE.

Termine

04.07. 16.00 Uhr IG Politische Bildung
Kreisgeschäftsstelle

5. Juli um 9.00 Uhr Landesparteitag Brandenburg

Ort: Radisson Hotel Cottbus

DIE LINKE.
BRANDENBURG

07.07. 16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“
Kreisgeschäftsstelle

09.07. 18.00 Uhr Veranstaltung des
Brandenburger Justizministeriums zum Thema „Vorsorge – an alles gedacht?!“
im Saal des Stadthauses
18.00 Uhr Sitzung
Ortsvorstand Cottbus
Kreisgeschäftsstelle

14.07. 18.30 Uhr Sitzung des
Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle

15.07. 18.00 Uhr AG Soziales
Kreisgeschäftsstelle

26.07. 10.00 Uhr Politfrühstücken
Kreisgeschäftsstelle

01.08. 16.00 Uhr IG Politische Bildung
Kreisgeschäftsstelle

04.08. 16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“
Kreisgeschäftsstelle

11.08. 18.30 Uhr Sitzung des
Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle

13.08. 18.00 Uhr Sitzung
Ortsvorstand Cottbus
Kreisgeschäftsstelle

19.08. 18.00 Uhr AG Soziales
Kreisgeschäftsstelle

23.08. Wahlkampfauftakt
Landtagswahl Brandenburg

Wir gratulieren zum Geburtstag

Juli

- Zum 97. Balting, Max (27.7.)
zum 93. Neugebauer, Walter (30.7.)
zum 91. Richter, Dora (18.7.)
Schellenberger, Heinz (22.7.)
zum 88. Blum, Erika (19.7.)
zum 87. Mattigk, Anni (12.7.)
zum 86. Strnad, Walter (5.7.)
Barsig, Heinz-Dieter (25.7.)
zum 85. Swensson, Harald (2.7.)
Irrgang, Gerda (5.7.)
Pötsch, Margot (10.7.)
Schmidt, Walter (11.7.)
Haufe, Adelheid (19.7.)
zum 83. Garbe, Christa (5.7.)
zum 80. Brendahl, Dieter (16.7.)
zum 75. Hewelt, Annegert (17.7.)
Schöne, Gottfried (27.7.)
zum 65. Boslau, Karla (16.7.)
zum 60. Süßmilch, Peter (19.7.)
Kaplick, Dietmar (25.7.)
zum 20. Lütke, Felix (4.7.)



August

- Zum 91. Berger, Ursula (15.8.)
zum 90. Kluge, Heinz (3.8.)
zum 87. Stephan, Berta (3.8.)
Herfurt, Karl (5.8.)
zum 86. Gold, Gisela (11.8.)
zum 85. Haiasch, Ilse (5.8.)
zum 84. Janetzko, Helene (8.8.)
zum 82. Schumacher, Winfried (2.8.)
zum 30. Masula, Peter (1.8.)

Zur „Lesecke“

In der „Lesecke“ auf unserer Internetseite www.dielinke-lausitz.de veröffentlichen wir Artikel, die wir nicht ins „Herzblatt“ aufnehmen konnten. Diesmal sind es folgende Beiträge:

Bilanz zum Verbraucherschutz

Tack zieht positive Bilanz des Verbraucherschutzes in Brandenburg

Der Geschäftsführende Landesvorstand der LINKEN teilt mit:

DIE LINKE.Brandenburg hält an ihrer Zielstellung fest, bis zum Jahr 2040 aus der Braunkohleverstromung auszustiegen

DIE LINKE: Energiewende mit Sozial-siegel

Statement der Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping

Urlaub

Wie lange soll der Urlaub dauern?
So lange, dass der Chef Sie vermisst,
aber nicht so lange, bis er entdeckt,
dass er auch ohne Sie recht gut auskommen kann.

Sprichwort aus der Schweiz

Das Praktische am Urlaub ist,
dass er einem nicht nur die Kraft gibt,
die Arbeit wieder aufzunehmen,
sondern einen auch derart pleite macht,
dass einem gar nichts anderes übrig bleibt.

Autor unbekannt

Allen Leserinnen und Lesern einen wunderschönen Sommer!

Die „Herzblatt“-Redaktion

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.Lausitz, Ortsvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Jürgen Siewert

Redaktion: Anneli Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@dielinke-lausitz.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss August-Ausgabe:

20. Juli